

LEITARTIKEL

VON WOLFGANG BÖHM



Der ideale Euro - oder der Traum von einer Wirtschaft ohne Politik

Der IWF hat recht: Der Euro braucht eine Fiskalunion. Der IWF hat unrecht: Der Euro ist keine technische Frage, sondern eine machtpolitische.

Es ist das ewig gleiche Schicksal, das die faszinierende Gedankenwelt von Wirtschaftsexperten begleitet. Sie konstruieren logische, sinnvolle Modelle, belegen sie mit Statistiken oder historischen Entwicklungen und präsentieren sie der Öffentlichkeit. Und dann folgt die Enttäuschung, dass die Öffentlichkeit dieses Modell nicht umgehend und exakt übernimmt. Letztlich entsteht daraus sogar ein Streit über die wahre Lehre, die jede für sich den absoluten Anspruch erhebt. Wenn eine dieser Lehren an der sozialen Realität scheitert – was so sicher ist wie das Amen im Gebet –, wird das unreine System dafür verantwortlich gemacht. Hätte vielleicht der Marxismus genauso funktioniert wie der Kapitalismus, wäre er rein geblieben? Es ist müßig, diese Frage zu beantworten, denn der Mensch mit all seiner Kompromisssehnsucht macht mit großer Verlässlichkeit jedem ökonomischen Modell einen dicken Strich durch die Rechnung. Und die Politik als solche ist deren Abgrund.

Wenn die Experten des IWF behaupten, die Währungsunion kann nur funktionieren, wenn sie in einer Fiskalunion eingebettet ist, haben sie im Grunde recht. Der Euro hat, wie es der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors ausdrückt, „einen Konstruktionsfehler“. Er wurde ohne politische Union errichtet, die mehr zentrale Aufsicht über die Fiskalpolitik der Teilnehmerstaaten garantiert hätte. Helmut Kohl sagte 1991: „Jemand, der davon ausgeht, man könnte die Währung ohne politische Union machen, irrt.“ Der deutsche Kanzler tat es schließlich dennoch und beruhigte Zweifler mit der Illusion, dass die staatsähnliche Konstruktion der EU, die für eine Währung besser gewesen wäre, nachgeliefert würde.

Wir kennen die Geschichte. Kohls Ausbaupläne blieben in der Schublade. Die Stabilitätskonstruktion des Euro wurde ein Kompromiss, weil kein Teilnehmerland bereit war, auf Souveränität in der Haushaltspolitik zu verzichten. Ein erster vorsichtiger Ansatz einer Fiskalunion scheiterte 1996 in Dublin an Ländern wie Frankreich, die nicht einmal automatische Strafen für Verfehlungen in der Haushaltspolitik akzeptieren wollten. So wurden zwar mit dem Euro-Stabilitätspakt Grenzen defi-

niert, die das Ausufern von Defiziten und Schulden der Teilnehmerstaaten verhindern sollten, doch fehlte das notwendige Machtinstrument, diese Grenzen auch durchzusetzen. Die Folge war, dass Frankreich und Deutschland gleich in den ersten Jahren der neuen Währung deren Haushaltsregeln brechen konnten.

Wer die ideale Währungsunion auf dem Reißbrett entwirft, wird so wie der IWF zu dem Schluss kommen, dass eine Fiskalunion logisch und notwendig ist. Um die Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer zu garantieren, brauchte es eine zentrale Aufsicht, es brauchte ausreichende gemeinsame finanzielle Puffer und Sicherheiten. Es brauchte direkte Einflussnahme auf nationale und regionale Haushalte – auf deren Einnahmen und Ausgaben. Es brauchte auch eine gemeinsam koordinierte Wirtschaftspolitik, um Verwerfungen wie die spanische Immobilienblase, die irische Finanzblase oder Griechenlands Nepotismusblase zu verhindern.

In einem solchen idealen Modell sind politische Kompromisse freilich nicht eingerechnet. Doch die EU-Politik ist ein ständig gelebter Kompromiss. Deshalb mag der IWF recht haben, und doch wieder nicht. Diese Währungsunion wird ihren Idealzustand sicher nicht durch einen großen Schritt zu einer Fiskalunion erreichen. Die Krise hat bereits zu hässlichen Anbauten wie dem Fiskalpakt und dem Rettungsfonds ESM geführt. Die seltsame Konstruktion des Euro wird höchstwahrscheinlich auch weiter ausgebaut werden. Aber es wird immer nur das geschehen, was unbedingt und sofort notwendig ist.

Letztlich ist die Zukunft der Währung nicht so sehr eine technische Frage, sondern vielmehr eine machtpolitische. Den Teilnehmerstaaten dürfte nämlich irgendwann klar werden, dass sie ihre Souveränität nur bewahren können, wenn sie durch eiserne Haushaltsdisziplin und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik zu einem stabilen Euro beitragen. Jegliche Verfehlung wird sie Macht kosten.

Mehr zum Thema: [Seite 1](#)

E-Mails an: wolfgang.boehm@diepresse.com

„Europa ist auf der richtigen Seite der Geschichte“

Interview. Nicht China, sondern Europa wird künftig die zweite Weltmacht sein, meint Andrew Moravcsik von der Universität in Princeton. Der Euro sei dabei aber hinderlich.

Von unserem Korrespondenten
OLIVER GRIMM

Die Presse: Herr Professor, Ihre These lautet, dass Europa im 21. Jahrhundert die zweite Weltmacht neben den USA sein wird – und nicht, wie meist behauptet, China. Wieso?

Andrew Moravcsik: China ist in den meisten Belangen wie zum Beispiel dem Warenhandel ein ziemlich kleines Land; es ist gleichsam ein ostasiatisches Deutschland oder Frankreich. Europa hatte in den vergangenen 20 Jahren fast durchgehend 50.000 bis 100.000 Kampftruppen rund um die Welt im Einsatz, China bestenfalls 2000. Seine Militärausgaben betragen etwas weniger als die Hälfte der europäischen, seine Luftwaffe ist etwas größer als die britische. Sein Handelsüberschuss war zuletzt kleiner als der deutsche. Und in den meisten nicht militärischen Formen der Machtentfaltung – dem Einfluss auf globale Ideen, der Schaffung kreativer Lösungen von internationalen Konflikten – ist China ein bei Weitem weniger erfolgreiches und mächtiges Land als Europa oder die USA.

Gut. China wächst aber recht schnell. In 50 Jahren sieht die Sache anders aus.

Ja. Aber selbst wenn Chinas gesamte Wirtschaftsleistung wächst, bleibt doch die Wirtschaftsleistung pro Kopf relativ klein. Darum hat es weniger verfügbare Geldmittel. In internationalen Fragen aktiv zu sein ist nämlich heutzutage ein Luxus. Im 19. Jahrhundert war das anders. Damals war es notwendig, eine große Armee zu haben, weil politische Macht direkt von möglichst großer Landmasse und möglichst zahlreicher Bevölkerung abhing. Heute ist das ein Luxus. Und China hat anderes zu tun – zum Beispiel, das eigene Land zu entwickeln.

Ihr Argument beruht im Kern auf der kulturellen Anziehungskraft einer politischen Union reicher Nationen.

Ich denke, dass es seit dem Ende des Kalten Kriegs kein außenpolitisches Werkzeug gab, das günstiger oder wirksamer war als die EU-Erweiterung. Zweifellos. Das war viel günstiger und wirksamer, als im Irak und in Afghanistan herumzustümpfern. Und viel günstiger als alles, was China gemacht hat. Die europäischen Werte lassen sich wesentlich besser als die amerikanischen oder die chinesischen Werte transportieren – allen voran der soziale Wohlfahrtsstaat, eine relativ unmilitärische Außenpolitik, ein Kapitalismus, der auf dem Markt basiert, ohne libertär zu sein. Und ob die Europäer sie aktiv bewerben oder nicht: Europa ist auf der richtigen Seite der Geschichte.

Mag sein. Die EU-Erweiterung ist aber auf einem toten Gleis. Armenien und Moldawien haben neulich erklärt, kein Assoziierungsabkommen schließen zu wollen, sondern sich Russland anzunähern. Und mit der Türkei geht auch nichts weiter.

Das ist richtig. Im Fall der Türkei würde ich aber einen Sieg ausrufen und Stopp sagen: Hier ist ein Land, das in einer Zollunion mit der EU ist und eine Art von Übergang zur Demokratie macht. So oder so würde die Türkei nie ein Vollmitglied der EU ohne Ausnahmen wichtiger Teilbereiche werden. Sie wird also ein Teilmittelglied innerhalb oder außerhalb der EU sein. Somit hat Europa es geschafft, die Türkei ein weites Stück weg von dort hinzubekommen, wo sie sonst hätte sein können. Das nenne ich einen Erfolg.

Die Europäer machen sich wieder an eine Verfassungsdebatte. Was ist dabei Ihrer

Meinung nach am wichtigsten?

Nun, ich bin ich kein großer Fan des Euro...

Er ist aber nun einmal da.

Das ist kein guter Grund. Das ist derselbe Fehler, den die Amerikaner stets in Kriegen machen. Nach etwa drei Jahren sagen wir: „Wir hätten diesen Krieg nicht anfangen sollen.“ Darauf sagt dann jemand: „Ja, Sie haben recht, aber jetzt müssen wir weitermachen und schauen, wie wir ihn gewinnen.“ Beim Euro ist es genauso. Die Probleme mit ihm sind ziemlich grundlegend. Er schafft Anreize für Länder, Dinge zu tun, die nicht zum hohen Wachstum oder makroökonomischen Gleichgewicht passen. Entweder finden sie radikale Lösungen für dieses Problem, was ich nicht für wahrscheinlich halte, oder einige Länder müssen darüber nachdenken, den Euro aufzugeben. Wäre ich Italiener oder Spanier, würde ich das tun. Politisch ist das schwer zu machen. Politiker meiden immer kurzfristige ideologische, politische Kosten, um für langfristigen Nutzen zu zahlen. Das ist seltsam, da die Berechtigung für den Euro beinahe ausschließlich war: Ja, der Euro nötigt uns harte Bedingungen ab, doch langfristig ist er gut für uns. Jetzt heißt es: Es wäre langfristig für uns gut, keinen Euro zu haben, aber kurzfristig sind die Kosten für den Austritt zu hoch. Das ist pervers.

Die Europäer sollten also die Währungsunion neu gründen?

Sie sollten auf jeden Fall ehrlich sein. Das würde auch all die Dinge stärken, die gut funktionieren: der Binnenmarkt, die außenpolitischen Aktivitäten könnten besser funktionieren, sind aber ganz okay, die Fragen der inneren Sicherheit und der sozialen Zusammenarbeit funktionieren besser und besser. Es gäbe also meiner Meinung nach ein proeuropäisches Argument, es dem Euro nicht zu erlauben, Druck auf andere erfolgreiche europäische Politiken auszuüben. Und die Europäer sollten auch ehrlich mit den Dingen umgehen, die ihnen gelingen. Nehmen Sie die Intervention in Libyen: Die Europäer haben eingegriffen, die Amerikaner an Bord geholt, 75 Prozent der Kosten gezahlt und für rund eine Milliarde Dollar einen Diktator gestürzt und eine neue Regierung eingesetzt. Das funktionierte relativ gut – doch in der Presse wurde es fast ausschließlich als Scheitern präsentiert. Wieso? Weil nicht alle Europäer mitmachen, allen voran die Deutschen. Das war ein Triumph abstrakter Verfahren über pragmatischen Erfolg. Kein Amerikaner oder Chinese würde sagen: „Ja, wir haben etwas geleistet, aber leider war es ein Versagen, weil das Verfahren nicht eingehalten wurde.“

Langversion: diepresse.com/moravcsik

ZUR PERSON

Andrew Moravcsik leitet das Europa-Studienprogramm an der Princeton University. Der 1957 geborene Politikwissenschaftler hat 1998 mit „The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht“ das Standardwerk zur Frage verfasst, wieso sich die Europäer dazu entschlossen haben, im europäischen Einigungsprojekt nationale Hoheit nach Brüssel abzugeben. Der profilierte Opernkenner (er veröffentlicht immer wieder musikwissenschaftliche Essays) ist mit Anne-Marie Slaughter verheiratet, die ebenfalls in Princeton internationale Politik lehrt und erforscht und von 2009 bis 2011 im Außenministerium unter Hillary Clinton für politische Planung zuständig war. Moravcsik sprach mit der „Presse“ in Washington am Rande eines Vortrags an der Paul H. Nitze School for Advanced International Studies der Johns Hopkins University.



Moravcsik ist kein Fan des Euro.

[Archiv]



MUTTI ALLEIN ZU HAUSE.

[Ironimus]